

Wie Macron seine Frauen in Stellung bringt

Volkswirt Thomas Mayer sieht die Personalpolitik des französischen Staatspräsidenten kritisch



Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin



Christine Lagarde, neue EZB-Präsidentin



Sylvie Goulard, Frankreichs EU-Kommissarin

Bielefeld (WB). Die Französin Christine Lagarde übernimmt bald die Leitung der Europäischen Zentralbank (EZB). Ökonomen sind sich weitgehend einig, dass das für deutsche Sparer nichts Gutes bedeutet. Darüber hat Andreas Schnadwinkel mit Prof. Dr. Thomas Mayer (65), dem ehemaligen Chefvolkswirt der Deutschen Bank, gesprochen.

? Besorgt es Sie, dass dem französischen Staatspräsidenten die Spitze der Europäischen Zentralbank wichtiger war als die Spitze der Europäischen Kommission?

Thomas Mayer: Ich verstehe Emmanuel Macrons Vorgehen absolut. Ich habe mich die ganze Zeit gewundert, dass man in Deutschland dachte, die EU-Kommission sei wichtiger als die EZB-Präsidentschaft. Der Posten ist nicht zweitrangig, sondern erstrangig. Die EZB-Präsidentin kann handeln, die EU-Chefin hat nichts wirklich in der Hand. Insofern ist dieser Personalhandel exzellent für Macron ausgefallen. In der EZB hat er jemanden, der dezidiert französische Positionen verfolgt und von französischem Denken getrieben ist, und an der EU-Spitze hat er Ursula von der Leyen, die ihm verpflichtet ist.

? Obendrein schickt Macron mit Sylvie Goulard eine sehr starke EU-Kommissarin nach Brüssel, oder?

Mayer: Ja, auch das ist ein kluger Schachzug. Sylvie Goulard ist Vizepräsidentin der französischen

Zentralbank und ehemalige Verteidigungsministerin. Goulard kennt Deutschland exzellent und wird sich mit Ursula von der Leyen sehr gut verstehen. Aus Macrons Sicht stellen von der Leyen, Lagarde und Goulard eine formidable weibliche EU-Spitze dar, die seiner politischen Linie folgen wird.

? Jean-Claude Trichet, Dominique Strauss-Kahn, Christine Lagarde – warum sind die Franzosen immer so weit vorne, wenn es um Posten beim Internationalen Währungsfonds und bei der Europäischen Zentralbank geht?

Mayer: Frankreich hat sich historisch über Jahrhunderte stark zentralisiert. Alles läuft auf die Spitze zu. Und in Frankreich gilt der Primat der Politik. Das geht auf den Philosophen René Descartes und den von ihm begründeten modernen Rationalismus zurück: »Ich denke, also bin ich.« Das



Thomas Mayer, Ex-Chefvolkswirt der Deutschen Bank

ist Descartes. Wer die Gesellschaft und den Staat mit Denken durchdringt und erklärt, der kann beide mit seiner Verstandeskraft nach seinen Vorstellungen formen. Dieser rationale Ansatz schafft ideale Voraussetzungen für politischen Konstruktivismus. Und Geld war in Frankreich immer ein Instrument der Politik, inklusive Missbrauch.

? Und in Deutschland ist das anders?

Mayer: Die Bundesbank erzeugte Geld für die Bürger und nicht für die Politik. Das ist ein ganz anderer Ansatz als der französische.

? Also muss man davon ausgehen, dass die EZB unter Lagarde eher das französische Finanzministerium wird und weniger die Bundesbank?

Mayer: Genau so, absolut. Man weiß ja, wie Frau Lagarde den IWF geführt hat. Sie hat den IWF politisiert. Das fing schon mit ihrem Landsmann Strauss-Kahn an. Bei der »Rettung« Griechenlands hat auch der IWF seine eigenen Regeln missachtet. Und Lagarde hat sich als IWF-Chefin für mehr Gleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung, für Frauenrechte und für Klimaschutz eingesetzt. Das sind politische Themen, die für den IWF vorher nicht relevant waren. Der IWF hat die Aufgabe, Beistandskredite zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit von Staaten zu geben. Lagarde hat den IWF politisch erweitert. Und ich gehe davon aus, dass sie die Politik ihres italienischen Vorgängers Mario Draghi fortsetzen und die EZB in den Dienst zum Erhalt der europäischen Währungsunion stellen

wird. Lagarde wird das der Öffentlichkeit eloquenter beibringen können als Draghi.

? Darf die neue, der EU genehmere italienische Regierung mehr neue Schulden machen?

Mayer: Das durfte Italien schon unter Jean-Claude Juncker. In seiner EU-Kommission weiß man, dass es politisch nicht opportun ist, mit Italien in den Clinch zu gehen. Und von der neuen EU-Kommission darf die neue italienische Regierung mindestens so viel Verständnis erwarten wie von der alten, wahrscheinlich eher mehr.

»Ein Zerfall des Euro zurück in nationale Währungen hätte enorm negative politische Konsequenzen für Europa.«

? Müssen wir in der Eurozone mit einer neuen Bankenrettung rechnen?

Mayer: Die Eurozone liegt schon die ganze Zeit auf der geldpolitischen Intensivstation. Man hat den Patienten so sehr mit Medikamenten in Form von billigem Geld vollgepumpt, dass er zwar überlebt hat, aber die Widerstandskraft nicht wiedererlangt hat. Und diese Widerstandskraft wäre jetzt nötig, wenn eine Rezession beginnt. Durch die Niedrigzinspolitik wurden die Banken geschwächt. Das hat ihnen die Möglichkeit genommen, durch Kreditvergabe wieder Gewinne zu erzielen. Also ist das Geschäftsmodell der Banken ganz konkret bedroht. Durch die niedrigen Zinsen wer-

den sie in immer riskantere Aktivitäten hineingetrieben, um wenigstens die Betriebskosten decken zu können. Riskantere Kreditvergaben werden aber nicht adäquat verzinst. Wenn in einer Rezession diese riskanteren Kreditnehmer ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können, rollt eine Welle von Schuldenabschreibungen auf die Banken zu. Und dafür sind sie nicht gerüstet. Deswegen werden wir uns mit der Rettung von Banken wieder beschäftigen müssen.

? Sie sind 65 Jahre alt. Werden Sie noch erleben, dass Deutschland die D-Mark wieder einführt?

Mayer: Ich hoffe nicht. Ein Zerfall des Euro zurück in nationale Währungen hätte enorme negative politische Konsequenzen für Europa. Die Einsicht, dass man den Euro besser anders gemacht hätte, bedeutet ja nicht, dass man ihn abschaffen sollte, sondern, dass man ihn jetzt besser macht.

? Haben Sie als Ex-Chefvolkswirt der Deutschen Bank noch einen Tipp für den Vorstandsvorsitzenden Christian Sewing?

Mayer: Herr Sewing investiert 15 Prozent seines Nettovermögens in Deutsche-Bank-Aktien und wird dafür gefeiert. Ich frage mich, wie es einem Mittelständler geht, der alles bis auf das, was er zum Leben braucht, in sein Unternehmen investiert. Das zeigt den Unterschied zwischen einem angestellten Manager und einem Firmeneigner. Daher würde ich Herrn Sewing raten, mehr als 15 Prozent seines Gehalts in Aktien seines Arbeitgebers anzulegen.

Türkei und USA in Nordsyrien auf Patrouille

Istanbul (dpa). Die Türkei und die USA haben zur Einrichtung einer Sicherheitszone mit gemeinsamen Patrouillen in Nordsyrien begonnen. Mitarbeiter des türkischen und US-Militärs würden von Drohnen unterstützt, teilte das türkische Verteidigungsministerium gestern mit. Der Einsatz habe südlich des Grenzorts Akcakale begonnen. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte bestätigte den Einsatz.

Die USA und die Türkei hatten sich Anfang August auf die Einrichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien geeinigt. Bisher sind aber nur wenige Details bekannt. Die Türkei wünscht sich entlang der Grenze ein Gebiet unter ihrer alleinigen Kontrolle. Die Gegend wird bislang von der syrischen Kurdenmiliz YPG beherrscht, die von Ankara als Terrororganisation betrachtet wird. Für die USA dagegen ist sie ein wichtiger Partner im Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS).

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte, die Türkei und die USA hätten unterschiedliche Vorstellungen von der Sicherheitszone: Die Türkei wolle die »Terrororganisation« vollständig aus der Region entfernen. Die USA aber seien offenbar darauf aus, die Sicherheitszone »nicht für uns, sondern für die Terrororganisation« zu schaffen. Erdogan führte das nicht genauer aus.

Festnahmen bei Wahlen in Russland

Moskau (dpa). Nach dem Abschluss Dutzender Oppositioneller haben Moskau und andere Regionen Russlands neue Volksvertreter gewählt. Beobachter sprachen am Sonntag von vielen Verstößen bei der Abstimmung in 85 Regionen des Landes. Die Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene galten als Stimmungstest für Wladimir Putin und die Regierungspartei Geeintes Russland. Aussagekräftige Ergebnisse werden an diesem Montag erwartet. Die Wahlbeteiligung war in einigen Regionen niedrig. In Moskau stimmten bis zum frühen Abend lediglich 17 Prozent der Wähler ab.

Das Innenministerium betonte, dass der Wahltag ruhig verlaufen sei. Zwar seien ihnen mehr als 300 Verstöße gemeldet worden. Dies werde jedoch keinen Einfluss auf das Wahlergebnis haben.

Beobachter der Menschenrechtsorganisation Golos berichteten dagegen von Hunderten Manipulationsversuchen und Behinderungen ihrer Arbeit. Der Pressesprecher von Golos sei ohne Angaben von Gründen festgenommen worden, erklärte die Organisation. Nach Angaben des Bürgerportals OVD-Info wurden mindestens 16 Menschen festgenommen, darunter Journalisten, ein Kommunalpolitiker sowie Maria Aljochina, ein prominentes Mitglied der Punkband Pussy Riot.

Merkel appelliert an China

Kanzlerin hofft auf friedliche Lösung des Konflikts in Hongkong

Peking (dpa). Angesichts anhaltender regierungskritischer Proteste in Hongkong hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Abschluss ihres China-Besuchs erneut daran appelliert, den Konflikt gewaltfrei beizulegen. Alles andere wäre aus ihrer Sicht »eine Katastrophe«, warnte sie am Samstag in Wuhan. Man habe ihr bei diesem Thema in Peking »zugehört«, sagte Merkel weiter.

Chinas Ministerpräsident Li Keqiang äußerte sich nach dem Treffen mit Merkel in Peking zurückhaltend zu den Demonstrationen in der chinesischen Sonderverwaltungszone. Er bekräftigte zudem, dass Peking an dem Grund-

satz festhalte, dass die Hongkonger ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Li Keqiang ist der höchste Regierungsvertreter in Peking, der sich bisher zu den Protesten öffentlich äußerte.

Merkel beendete am späten Samstagabend ihre dreitägige China-Reise, die sie auch in die Elf-Millionen-Metropole Wuhan in Zentralchina führte. Dort sagte sie in ihrem Statement zum Abschluss des Besuchs, Hongkong stehe zwar derzeit im Vordergrund. Es gebe in China aber auch noch andere Menschenrechtsfragen. Kritisch äußerte sich die Kanzlerin über die Einführung eines sogenannten Sozialpunkte-

systems in China. In Europa werde dies für schlecht gehalten, sagte sie vor Studenten an der Huazhong-Universität in Wuhan. Dort gebe es eine Datensouveränität des Bürgers. Das sei also eine spannende ethische Diskussion, die die Welt noch sehr beschäftigen werde, fügte sie hinzu.

Das Sozialpunktesystem in China versucht, die Vertrauenswürdigkeit von Personen sowie von Firmen zu überprüfen, indem es auf Datenbanken zugreift, um die Kreditwürdigkeit, das Strafregister und das soziale und politische Verhalten zu prüfen. Li Keqiang versuchte bei einem Treffen mit Merkel das Streitthema herunter-

zuspielen. Es gehe dabei vor allem um die Aufdeckung von kriminellen Verstößen und Straftaten.

Die Kanzlerin hob Chinas gestiegene internationale Verantwortung hervor. Das Land sei ständiges Mitglied im Weltwirtschaftsrat. Das heiße, China habe bei weltweiten Konflikten Verantwortung, auf eine friedliche Lösung hinzuwirken. Das gelte im Atomstreit mit dem Iran ebenso wie im Konflikt Chinas mit den Anrainern des südchinesischen Meeres.

Es war Merkels zwölfter China-Besuch. Sie wurde auch von Staatschef Xi Jinping zu einem Gespräch mit Abendessen empfangen – eine besondere Geste.



China-Reise: Auch Eduard R. Dörrenberg (Dritter von links), Chef der Bielefelder Dr. August Wolff GmbH & Co. KG, gehörte zur Wirtschaftsdelegation von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Foto: dpa